

Bekanntmachung

Über die Wiederholung der Anzeige der Bestände von Verbrauchszucker. Vom 21. September 1915.

Auf Grund des § 1 Absatz 4 der Bekanntmachung über Verbrauchszucker vom 27. Mai 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 308) bestimme ich:

Der Verbrauchszucker mit Beginn des 1. Oktober 1915 in Gebrauch hat, ist verpflichtet, die vorhandenen Mengen getrennt nach Arten und Eigentümern unter Nennung der Eigentümer der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. in Berlin anzuzeigen. Zu diesem Zweck haben die Berechtigten, deren Zucker in fremdem Gewahrsam liegt, den Lagerhaltern nach dem 1. Oktober 1915 unverzüglich die ihnen zusehenden Mengen anzuzeigen. Die Anzeigen an die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. sind bis zum 10. Oktober 1915 abzusenden. Anzeigen über Mengen, die sich mit Beginn des 1. Oktober 1915 auf dem Transport befinden, sind unverzüglich nach dem Empfang von dem Empfänger zu erstatten.

Die Anzeigepflicht erstreckt sich nicht

1. auf Mengen, die im Eigentum des Reiches, eines Bundesstaates oder eines Großherzogtums, insbesondere im Eigentum der Heeresverwaltung oder der Marineverwaltung, sowie im Eigentum eines Kommunalverbands stehen;
2. auf Mengen, die insgesamt weniger als 50 Doppelzentner betragen.

Berlin, den 21. September 1915.

Der Reichskanzler

Im Auftrage: Kauff.

Bekanntmachung über Zuckerpreise.

Der Bundesrat hat auf Grund der §§ 6 und 7 der Verordnung über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1915/16 vom 26. August 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 516) über die Zuckerpreise folgende Bestimmung getroffen:

§ 1.

Rohzucker aus dem Betriebsjahr 1915/16.

Für die einzelnen rübenverarbeitenden Fabriken gelten die in Anlage 1 aufgeführten Preise, und zwar frei Verladestelle der Fabrik. Anlage 1*).

Für Rohzucker, der in den in Anlage 2 aufgeführten Orten außerhalb des Standorts der Fabriken, in denen er hergestellt ist, eingelagert ist, gelten die in Anlage 2 aufgeführten Preise; die Preise gelten frei Verladestelle des Lagerorts. Anlage 2**).

Die festgesetzten Preise gelten für Zucker in der im Betriebsjahr 1913/14 von der betreffenden Fabrik gelieferten Art und Güte, mindestens aber für mittlere Handelsware.

§ 2.

Verbrauchszucker.

Bei Lieferung ab Verladestelle der einzelnen Verbrauchszuckerfabriken gelten die in Anlage 3 aufgeführten Höchstpreise. Anlage 3*).

Für die in Anlage 4 aufgeführten Verbrauchszuckerarten gelten die dort vorgesehenen Zuschläge. Anlage 4*).

Berlin, den 20. September 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Deibried.

*) Die Anlagen sind nur insoweit abgedruckt, als die in dem Großherzogtum und in den angrenzenden Bezirken stehenden Zuckerfabriken in Betracht kommen.

**) Anlage 2 kommt für das Großherzogtum nicht in Betracht.

Anlage 1.

Rohzuckerpreise für die einzelnen Fabriken.

Rheinprovinz. Aachen 12,25 Mark, Bebburg 12,27 1/2 Mark, Brühl 12,30 Mark, Dormagen 12,30 Mark, Düren 12,20 Mark, Eschdorf 12,30 Mark, Eifen 12,30 Mark, Euskirchen 12,30 Mark, Jülich 12,20 Mark, Wevelinghofen 12,30 Mark.

Westfalen. Hesse-Rassau. Bafel 11,95 Mark, Hesse Oldendorf 11,82 1/2 Mark, Niederhone 11,95 Mark, Soest 12,05 Mark, Wabern 12,07 1/2 Mark, Warburg 11,95 Mark.

Süddeutschland. Cannstatt 12,95 Mark, Erstein 13,00 Mark, Friedensau 12,52 1/2 Mark, Friedberg 12,40 Mark, Gernsheim 12,50 Mark, Groß-Gerau 12,40 Mark, Groß-Lumstadt 12,40 Mark, Heilbronn 12,80 Mark, Neu-Offlein 12,50 Mark, Regensburg 12,80 Mark, Waghäusel 12,75 Mark, Worms 12,50 Mark, Büttingen 12,50 Mark.

Anlage 3.

Verbrauchszuckerhöchstpreise.

Rheinland. Köln 23,50 Mark, Esdorf 23,50 Mark, Euskirchen 23,50 Mark, Herborn 23,37 1/2 Mark.

Süddeutschland. Erstein 23,87 1/2 Mark, Frankfurt 23,62 1/2 Mark, Gernsheim 23,62 1/2 Mark, Groß-Gerau 23,50 Mark, Heilbronn 23,87 1/2 Mark, Regensburg 23,87 1/2 Mark, Schweinfurt 23,50 Mark, Stuttgart-Cannstatt 23,87 1/2 Mark, Waghäusel 23,75 Mark.

Anlage 4.

Zuschläge zu dem für gemahlene Melis festgesetzten Höchstpreis.

A. Melis.

1. a) feinkörniger Kristallzucker (ohne Sach) + 0,00 Mark,
b) grobkörniger Kristallzucker (ohne Sach) + 0,25 Mark,
c) Melispuder (ohne Sach) + 0,50 Mark.
2. besondere Verpackungsarten bis zu + 1,50 Mark.

B. Harte Raffinaden.

1. Brote:
a) feinkörnige, lose gewöhnliche Papierpackung + 1,00 Mark,
b) grobkörnige, lose gewöhnliche Papierpackung + 1,25 Mark,
c) besondere Sorten und besondere Verpackungsarten bis zu + 2,75 Mark.
2. Platten:
a) feinkörnige, lose gewöhnl. Papierpackung + 1,37 1/2 Mark,
b) grobkörnige, lose gewöhnl. Papierpackung + 1,62 1/2 Mark,
c) besondere Sorten und besondere Verpackungsarten bis zu + 2,50 Mark.

3. Würfel:

- a) geschnittene Würfel gewöhnlicher Formen in Kisten zu 50 Kilogramm + 2,50 Mark,
b) gepresste Würfel gewöhnlicher Form in Kisten zu 50 Kilogramm + 1,75 Mark,
c) besondere Sorten und besondere Verpackungsarten bis zu + 4,50 Mark.

C. Gemahlene Raffinaden und raffinierte Kristallzucker.

1. Gewöhnliche Sorten (ohne Sach) + 1,25 Mark.
2. besondere Sorten und besondere Verpackungsarten bis zu + 3,50 Mark.

Bekanntmachung

über zuckerhaltige Futtermittel.

Vom 25. September 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Den Vorschriften dieser Verordnung unterliegen nachstehend aufgeführte Gegenstände (zuckerhaltige Futtermittel):

Melasse.

Rohzucker zu Futterzwecken.

Melassefütter.

Zuckerrüben, frisch oder getrocknet, ganz oder zerschnitten,

ausgelaut oder unausgelaut,

Melassefütterungsmittel.

Etwa bestehende noch unerfüllte Lieferungsverträge begründen keine Ausnahme von den Vorschriften dieser Verordnung.

§ 2. Zuckerhaltige Futtermittel dürfen nur durch die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, G. m. b. H. in Berlin, abgesetzt werden.

Dies gilt nicht in folgenden Fällen:

1. Die Kommunalverbände und die vom Reichskanzler bestimmten Stellen (§ 10) dürfen zuckerhaltige Futtermittel absetzen, die sie von der Bezugsvereinigung zu diesem Zwecke erhalten haben (§ 11).
2. Händler dürfen zuckerhaltige Futtermittel absetzen, die sie von den Kommunalverbänden oder von den vom Reichskanzler bezeichneten Stellen zu diesem Zwecke erhalten haben (§ 11).
3. Zuckerrüben dürfen an rübenverarbeitende Zuckerfabriken zur Zuckerherstellung und zur Trocknung geliefert werden.
4. Rübenverarbeitende Zuckerfabriken dürfen höchstens 75 vom Hundert des Gesamtgewichts der anfallenden nassen Schnitzel in Form von nassen Schnitzeln oder die entsprechende Menge in Form von Trockenschnitzeln oder Melassefütterungsmitteln, 40 vom Hundert des Gesamtgewichts der anfallenden Zuckerschnitzel (Steffensche Brähschnitzel), 40 vom Hundert des Gesamtgewichts der anfallenden getrockneten Rüben

an die rübenliefernden Landwirte zurückliefern. Ein Teil Trockenschnitzel oder Melassefütterungsmittel ist mindestens 10 Teilen nassen Schnitzeln gleichzusetzen. Zuckerfabriken dürfen ihren Schnitzeln Melasse eigener Erzeugung antrocknen, doch darf im ganzen nicht mehr Melasse zuge-

trocknet werden, als einem Halben vom Hundert des Gesamtgewichts der auf Zucker zu verarbeitenden Rüben entspricht.

§ 3. Wer zuckerhaltige Futtermittel bei Beginn eines Kalendervierteljahrs in Gewahrsam hat, hat die bei Beginn eines jeden Kalendervierteljahrs vorhandenen Mengen, getrennt nach Arten und Eigentümern, unter Nennung der letzteren, der Bezugsvereinigung anzuzeigen. Die Anzeigen sind jeweils bis zum 5. Tage des Kalendervierteljahrs zu erlassen. Die Anzeigepflicht gilt nicht für frische Zuckerrüben sowie für zuckerhaltige Futtermittel, die gemäß §§ 10, 11 abgegeben sind. Sie gilt ferner nicht für Landwirte hinsichtlich der nach § 2 Abs. 2 Nr. 4 ihnen gelieferten Schnitzel und getrockneten Zuckerrüben.

Zuckerfabriken haben bis zum 5. Tage jedes Kalendervierteljahrs anzuzeigen, welche Mengen Melasse, Rübenschnitzel, Melasseschnitzel, Zuckerschnitzel und getrocknete Zuckerrüben sie in dem laufenden Kalendervierteljahre voraussichtlich herstellen werden. Hierbei ist anzugeben, wieviel Schnitzel und getrocknete Zuckerrüben sie auf Grund des § 2 Abs. 2 Nr. 4 an die rübensliefernden Landwirte zurückliefern.

Die Anzeigepflichtigen haben zugleich anzugeben, ob und wie lange sie die Gegenstände ohne wesentliche Störung ihres Betriebs nach Maßgabe der vorhandenen Einrichtungen aufbewahren können.

§ 4. Die Eigentümer von zuckerhaltigen Futtermitteln haben diese der Bezugsvereinigung auf Verlangen käuflich zu überlassen und auf deren Abzug zu verladen. Sie haben die Vorräte bis zur Abnahme aufzubewahren, pfleglich zu behandeln und in handelsüblicher Weise zu versichern. Der Reichskanzler kann nähere Bestimmungen hierüber erlassen.

Rübenverarbeitende Zuckerfabriken haben die Rübenschnitzel, deren käufliche Ueberlassung die Bezugsvereinigung verlangen kann, soweit sie Anlagen dazu besitzen, zu trocknen.

Von der Verpflichtung zur käuflichen Ueberlassung an die Bezugsvereinigung sind ausgenommen:

1. frische Zuckerrüben, die an Zuckerfabriken zur Zuckererzeugung oder Trocknung geliefert und hierzu benutzt werden;
2. Schnitzel und getrocknete Zuckerrüben, die von Zuckerfabriken auf Grund von § 2 Abs. 2 Nr. 4 an die rübenbauenden Landwirte zurückgeliefert und von diesen im eigenen Betriebe verfüttert werden;
3. Zuckerrüben, die in dem Wirtschaftsbetrieb, in dem sie gewonnen werden, verfüttert oder auf Branntwein verarbeitet werden.

§ 5. Die Bezugsvereinigung hat auf Antrag des Eigentümers binnen vier Wochen nach Eingang des Antrags zu erklären, welche bestimmt zu bezeichnenden Mengen sie übernehmen will. Für diejenigen Mengen, welche die Bezugsvereinigung hiernach nicht übernehmen will, erlischt die Abnahmepflicht nach § 2. Das gleiche gilt, soweit die Bezugsvereinigung eine Erklärung binnen der Frist nicht abgibt.

Alle Mengen, die hiernach dem Absatz durch die Bezugsvereinigung vorbehalten sind, müssen von ihr abgenommen werden. Der Eigentümer hat der Bezugsvereinigung anzuzeigen, von welchem Zeitpunkt ab er zur Lieferung bereit ist. Erfolgt die Abnahme nicht binnen 4 Wochen nach diesem Zeitpunkt, so ist der Kaufpreis vom Ablauf der Frist ab mit 1 vom Hundert über den jeweiligen Reichsbankdiskont zu verzinsen. Mit dem Zeitpunkt, an dem die Verzinsung beginnt, geht die Gefahr des zufälligen Verderbens oder der zufälligen Wertverminderung auf die Bezugsvereinigung über. Für die Aufbewahrung, pflegliche Behandlung und Versicherung (§ 4 Abs. 1) erhält der Eigentümer vom Zeitpunkt des Gefahrüberganges ab eine Vergütung, deren Höhe der Reichskanzler festsetzt. Der Eigentümer hat nach näherer Anweisung des Reichskanzlers Feststellungen darüber zu treffen, in welchem Zustand sich die Gegenstände im Zeitpunkt des Gefahrüberganges befinden; im Streitfall hat er den Zustand nachzuweisen.

Die Melasse darf auch nach dem Zeitpunkt des Gefahrüberganges (Abs. 2 Satz 4) ungetrennt von den übrigen Melassemengen aufbewahrt werden, wenn die getrennte Aufbewahrung nur mit unverhältnismäßigen Aufwendungen möglich ist.

§ 6. Die Bezugsvereinigung hat dem Eigentümer für die von ihr abgenommenen Mengen einen angemessenen Uebernahmepreis zu zahlen. Dieser Preis darf die vom Bundesrat bestimmten Grenzen nicht übersteigen; soweit der Bundesrat keine Bestimmungen trifft, kann der Reichskanzler sie treffen.

Ist der Verkäufer mit dem von der Bezugsvereinigung gebotenen Preise nicht einverstanden, so setzt die zuständige höhere Verwaltungsbehörde den Preis endgültig fest. Sie bestimmt darüber, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat. Bei der Festsetzung ist der Preis zu berücksichtigen, der zur Zeit des Gefahrüberganges (§ 5 Abs. 2 Satz 4) angemessen war. Der Verpflichtete hat ohne Rücksicht auf die endgültige Festsetzung des Uebernahmepreises zu liefern, die Bezugsvereinigung vorläufig von ihr für angemessen erachteten Preis zu zahlen.

Erfolgt die Ueberlassung nicht freiwillig, so wird das Eigentum auf Antrag der Bezugsvereinigung durch Anordnung der zuständigen Behörde auf sie oder die von ihr in dem Antrag bezeichnete Person übertragen. Die Anordnung ist an den Eigentümer zu richten. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung dem Eigentümer zugeht.

§ 7. Die Zahlung erfolgt spätestens 14 Tage nach Abnahme. Für streitige Restbeträge beginnt diese Frist mit dem Tage, an dem die Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde der Bezugsvereinigung zugeht.

§ 8. Die Bezugsvereinigung hat die Futtermittel an die Verbraucher zu Einheitspreisen zu liefern, die der Reichskanzler auf Grund der Uebernahmepreise festsetzt.

Zu diesen Einheitspreisen ist ein Aufschlag bis zu 7 vom Hundert zulässig. Von dem Aufschlag entfallen auf die Bezugsvereinigung $\frac{1}{7}$, auf den Weiterverkäufer $\frac{5}{7}$.

Die Lieferung erfolgt frei jeder deutschen Eisenbahnempfangsstelle. Für bare Auslagen und Transportkosten wird ein weiterer Aufschlag berechnet, dessen Höhe der Reichskanzler festsetzt.

§ 9. Die Bezugsvereinigung darf von dem Umsatz 2 vom Tausend als Vermittelungsgebühr zurückbehalten.

Der Reingewinn ist zur Beschaffung von Futtermitteln aus dem Ausland zu verwenden. Ueber den etwa verbleibenden Rest verfügt der Reichskanzler.

§ 10. Die Bezugsvereinigung darf die zuckerhaltigen Futtermittel nur an Kommunalverbände oder an die vom Reichskanzler bestimmten Stellen nach den von der Reichsfuttermittelstelle aufzustellenden Grundsätzen abgeben.

§ 11. Die Kommunalverbände und die vom Reichskanzler bestimmten Stellen haben ihren Abnehmern für den Weiterverkauf und die Verwendung bestimmte Bedingungen und Preise vorzuschreiben. Die Kommunalverbände haben insbesondere vorzuschreiben, daß der Weiterverkauf und die Verwendung nur zur Viehfütterung innerhalb ihres Bezirkes erfolgen darf.

§ 12. Wer Melassebassin oder Melassefesseln besitzt, hat dies der Bezugsvereinigung unter Mitteilung des Fassungsvermögens und der Anzahl bis zum 10. Oktober 1915 anzuzeigen.

Auf Verlangen der Bezugsvereinigung haben die Besitzer von Melassebassins Melasse am Lager zu nehmen, zu versichern und pfleglich zu behandeln, Besitzer von Melassefesseln und Melassefässern diese der Bezugsvereinigung niederzulegen und zu überlassen. Der Reichskanzler setzt die zu zahlende Vergütung fest.

Der Reichskanzler kann nähere Bestimmungen erlassen; er kann die im Abs. 1 und 2 bezeichneten Verpflichtungen auf die Besitzer anderer zur Lagerung von Melasse geeigneter Einrichtungen ausdehnen, auch eine Wiederholung der Anzeige anordnen.

§ 13. Melasse darf, abgesehen von dem Falle des § 2 Abs. 2 Nr. 4, nur mit Zustimmung der Bezugsvereinigung verarbeitet werden.

Zuckerfabriken und Melassemischanstalten haben auf Verlangen der Bezugsvereinigung aus eigener oder ihnen zugewiesener Melasse Melassemischfutter herzustellen, soweit sie nach ihren Betriebsverhältnissen hierzu in der Lage sind. Soweit nicht § 6 Platz greift, kann die Reichsfuttermittelstelle die Vergütung festsetzen.

§ 14. Die Vorschriften dieser Verordnung gelten nicht für die Seeresverwaltungen, die Marineverwaltung und die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H.

Sie beziehen sich nicht auf zuckerhaltige Futtermittel, die selbst oder deren Rohstoffe nachweislich nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung aus dem Auslande eingeführt sind. Als Ausland im Sinne dieser Vorschrift gilt nicht das besetzte Gebiet.

§ 15. Die Landeszentralbehörden können Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung erlassen. Sie bestimmen, wer als höhere Verwaltungsbehörde und als Kommunalverband im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

§ 16. Streitigkeiten über die sich aus den §§ 4, 5, 12, 13 ergebenden Verpflichtungen der Eigentümer von zuckerhaltigen Futtermitteln, der Zuckerfabriken, der Besitzer von Melassebassins, Melassefesseln, Melassefässern und anderer zur Lagerung von Melasse geeigneten Einrichtungen sowie der Melassemischanstalten entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig.

Für Erfüllung der Verpflichtungen aus § 13 Abs. 2 können die Fabriken und Melassemischanstalten durch Ordnungsstrafen bis zu zehntausend Mark von der höheren Verwaltungsbehörde angehalten werden. Gegen die Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde ist die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig, die endgültig entscheidet. Durch Einlegung der Beschwerde wird die Vollstreckung der festgesetzten Strafe nicht ausgesetzt. Die Ordnungsstrafe kann wiederholt festgesetzt werden, falls der Verpflichtete innerhalb einer von der höheren Verwaltungsbehörde festgesetzten Frist seiner Verpflichtung nicht nachkommt.

§ 17. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark wird bestraft:

1. wer dem § 2 zuwider zuckerhaltige Futtermittel in anderer Weise als durch die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte absetzt,
2. wer die ihm nach §§ 3, 12 obliegenden Anzeigen nicht in der gesetzten Frist erstattet oder wesentlich unvollständige oder unrichtige Angaben macht,
3. wer der Verpflichtung zur Aufbewahrung und pfleglichen Behandlung (§ 4 Abs. 1), zum Trocknen der Schnitzel (§ 4 Abs. 2), zur Lagerung und pfleglichen Behandlung von Melasse oder zur Ueberlassung der Melassefesseln und Melassefässer (§ 12) zuwiderhandelt,
4. wer den ihm auf Grund des § 11 auferlegten Verpflichtungen zuwiderhandelt.

5. wer ohne Zustimmung der Bezugsvereinigung Melasse verarbeitet (§ 13),

6. wer den auf Grund des § 15 erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

§ 18. Lieferungsverpflichtungen, welche infolge eines auf Grund der Bekanntmachung über zuderhaltige Futtermittel vom 12. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 78) ausgesprochenen Ueberlassungsverlangens seitens der Bezugsvereinigung entstanden sind, werden durch diese Verordnung nicht berührt; insbe sondere bleiben für den Uebernahmepreis die bisherigen Vorschriften maßgebend. Soweit zuderhaltige Futtermittel vor dem 26. September 1915 von Kommunalverbänden oder den vom Reichskanzler bestimmten Stellen bestellt worden sind, richtet sich der Verbraucherpreis nach den bisherigen Bestimmungen. Im übrigen treten mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung die bisherigen Vorschriften über zuderhaltige Futtermittel außer Kraft, unbeschadet der Vorschrift in Artikel III der Bekanntmachung vom 15. April 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 223) wegen Veränderung der Verordnung, betreffend Verkehr mit Zucker, vom 12. Februar 1915.

§ 19. Der Reichskanzler kann von den Vorschriften dieser Verordnung Ausnahmen gestatten. Er ist ermächtigt, die Vorschriften dieser Verordnung auf andere als die im § 1 genannten Gegenstände auszudehnen.

§ 20. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens. Die Verordnung über zuderhaltige Futtermittel vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 405) wird aufgehoben.

Berlin, den 25. September 1915.
Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Delbrück.

Bekanntmachung

Betreffend die Preise für zuderhaltige Futtermittel.

Vom 25. September 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund von § 6 Satz 2 der Bekanntmachung über zuderhaltige Futtermittel vom 25. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 614) beschlossen:

Der Preis, den die Bezugsvereinigung für die ihr zu überlassenden zuderhaltigen Futtermittel zahlt (§ 6 Satz 2), darf die nachstehend angegebenen Grenzen nicht übersteigen.

Für je 50 Kilogramm ohne Sack:	
für nasse Schnitzel	0,40 Mk.
für Trockenschnitzel	8,00 "
für Zuckerschnitzel nach dem Steffensschen Verfahren	9,50 "
für frische Zuckerrüben	1,10 "
für getrocknete Zuckerrüben	10,00 "
Für das Kilogrammprozent Zucker:	
für Melasse	0,16 Mk.

Berlin, den 25. September 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,
Delbrück.

Anordnungen

zu der Bekanntmachung über zuderhaltige Futtermittel vom 25. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 614).

Artikel I.

Nachdem der Bundesrat beschlossen hat, daß der Preis, den die Bezugsvereinigung für die ihr zu überlassenden zuderhaltigen Futtermittel zahlt, die nachstehend angegebenen Grenzen nicht übersteigen darf:

für 50 Kilogramm ohne Sack:	
für nasse Schnitzel	0,40 Mk.
für Trockenschnitzel	8,00 "
für Zuckerschnitzel nach dem Steffensschen Verfahren	9,50 "
für frische Zuckerrüben	1,10 "
für getrocknete Zuckerrüben	10,00 "
für Melasse für das Kilogrammprozent Zucker je	0,16 "

bestimme ich auf Grund der §§ 4 Abs. 1, 5 Abs. 2, 6 Abs. 1 und 12 der Bekanntmachung über zuderhaltige Futtermittel vom 25. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 614) folgendes:

§ 1. Bei Lieferung einschließlich Sack erhöht sich der Preis für je 50 kg um 50 Pfg., bei Rohzucker, Erzeugnis und nachgetrockneten Schnitzeln.

Der Preis darf für das Kilogrammprozent Zucker

bei Rohmelasse ohne Sack	24 Pfg.
bei Rohmelasse einschließlich Sack	26,75 "
bei Häckselmelasse ohne Sack	31 "
bei Häckselmelasse einschließlich Sack	35 "

nicht übersteigen.

Mehr als 50 vom Hundert Zuckergehalt braucht in Rohmelasse nicht bezahlt zu werden; Rohmelasse unter 46 vom Hundert darf zurückgewiesen werden.

Die Preise gelten für gesunde Ware von mittlerer Art und Güte frei Eisenbahnwagen oder Schiff (nach Wahl der Bezugsvereinigung) an der Verladestelle des Eigentümers.

Bei frischen Rüben wird nur das tatsächliche Gewicht unter Abzug des anhaftenden Schmutzes bezahlt.

Buderschnitzel nach dem Steffensschen Verfahren müssen 30 vom Hundert Zucker enthalten. Bei einem Mindergehalt tritt eine Ermäßigung des Uebernahmepreises um $\frac{1}{30}$ des Kaufpreises für jedes fehlende vom Hundert Zucker ein.

Getrocknete Schnitzel und getrocknete Zuckerrüben dürfen höchstens 10 vom Hundert Wasser enthalten; jedes Mehr vom Hundert Wassergehalt berechtigt die Bezugsvereinigung zur Minderung des Uebernahmepreises um $\frac{1}{30}$ oder zur Forderung kostenloser Nachtrocknung.

§ 2. Der Lieferungsverpflichtige hat für die Stellung von Säcken zu sorgen. Er hat nach seiner Wahl einschließlich Sack oder im Leihfaden zu liefern. Will er in Leihfäden liefern, so hat er dies unverzüglich sowohl der Bezugsvereinigung wie auch dem Kommunalverband des Empfängers mitzuteilen.

Bei Lieferung in Leihfäden ist für die ersten 14 Tage eine Vergütung von 10 Pfg. auf je 50 kg Rohzucker oder Zuckerrüben, von 15 Pfg. auf je 50 kg Melassefütter und von 20 Pfg. auf je 50 kg Schnitzel und getrocknete Zuckerrüben sowie für jeden folgenden Tag eine Vergütung von $\frac{1}{2}$ Pfg. auf je 50 kg Rohzucker, Zuckerrüben und Melassefütter oder $\frac{1}{4}$ Pfg. auf je 50 kg Schnitzel und getrocknete Zuckerrüben zu zahlen.

Sind die Säcke nicht binnen 3 Wochen zurückgeliefert, so sind die Verlade auch berechtigt, unter Fortfall jeglicher Leihgebühr die Säcke zu einem Preise von 60 Pfg. auf je 50 kg Rohzucker und Zuckerrüben, oder von 80 Pfg. auf je 50 kg Melassefütter, von 2 Mk. auf je 50 kg getrocknete Zuckerrüben und von 2,50 Mk. auf je 50 kg Schnitzel in Rechnung zu stellen.

Ansprüche aus geliehenen Säcken können nur unmittelbar gegen den Kommunalverband des Empfängers, nicht gegen die Bezugsvereinigung geltend gemacht werden.

§ 3. Vorbehaltlich der Vorschrift des § 3 Abs. 4 hat der Eigentümer im Zeitpunkt des Gefahrüberganges die Mengen, die er der Bezugsvereinigung zu liefern hat, von seinen übrigen Beständen abzusondern. Er hat den Zustand, in dem sie sich befinden, durch einen von der Landwirtschaftskammer oder einem gleichwertigen Institut seines Bezirks ernannten Sachverständigen, bei Rohzucker auch durch einen vereidigten Handelschemiker festzustellen.

Befinden sich die Gegenstände in unverdorbenem Zustand, so hat der Eigentümer eine Bescheinigung des Sachverständigen hierüber unverzüglich der Bezugsvereinigung beizubringen. Kann der Sachverständige dieses Gutachten nicht abgeben, so ist unter seiner Aufsicht in handelsüblicher Weise Probe zu nehmen. Die versiegelten Proben sind der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt des Bezirks zur Feststellung der Beschaffenheit zu übersenden. Die Versuchsanstalt ist zur unverzüglichen Mitteilung des Befundes an die Bezugsvereinigung zu veranlassen.

Die Kosten fallen dem Eigentümer zur Last.

§ 4. Die Vergütung für Aufbewahrung, pflegliche Behandlung und Versicherung (§§ 5, Abs. 2 und 12) beträgt für je 50 Kilogramm und jeden angefangenen Monat

bei getrockneten Schnitzeln, einschließlich der Buderschnitzel und Melasseschnitzel	6 Pfg.
bei getrockneten Zuckerrüben	5 "
bei Zucker und getrockneten Zuckerrüben	3 "
bei Melasse	2 "

§ 5. Die Vergütung für Melassefesselwagen darf 3 "Mk. für Melassefässer 6 Pfg. für den Tag nicht übersteigen (§ 12, Abs. 2). Für Krässer, die nicht binnen einem Monat zurückgeliefert sind, darf der Verlade auch Bezahlung mit 5 Mk. für das Tag verlangen. Die Leihgebühr fällt in diesem Falle fort.

Artikel II.

Auf Grund von § 19 Satz 2 der Bekanntmachung über zuderhaltige Futtermittel vom 25. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 164) bewillige ich die Lieferung von Zuckerrüben an Rübenkrautfabriken zur Herstellung von Rübenkraut.

Berlin, den 25. September 1915.

Der Reichskanzler (Reichsamt des Innern).

J. A.: Paub.

Bekanntmachung

über zuderhaltige Futtermittel vom 29. September 1915.

Auf Grund von § 15 der Verordnung des Bundesrats über zuderhaltige Futtermittel vom 25. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 614) wird folgendes bestimmt:

Im Sinne der Verordnung ist als höhere Verwaltungsbehörde der Provinzialausschuß und als Kommunalverband das Großherzogtum, vertreten durch die Landesverteilungsstelle für Futtermittel in Darmstadt (Bleichstraße 1) anzusehen.

Aufsichtsbehörde im Sinne von § 16 Abs. 2 der Verordnung ist das Ministerium des Innern.

Darmstadt, den 29. September 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Homberg.

Krämer.

Bez.: Den Verkehr mit zuderhaltigen Futtermitteln.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises Siegen.

Wir beauftragen Sie, auf die vorstehenden Bekanntmachungen und Anordnungen aufmerksam machen zu lassen und bei dieser

Geflegenheit besonders darauf hinzuweisen, daß die Einsichtnahme den in Betracht kommenden Personen auf Ihrem Amtszimmer freisteht.

Gießen, den 2. Oktober 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Sechler.

Bekanntmachung.

Zum Schutze der diesjährigen Ernte wird gemäß § 3 der Verordnung vom 29. April 1914 bestimmt:

Die Begehung des weiblichen Rehwilds wird für den ganzen Umfang des Großherzogtums mit Wirkung vom heutigen Tage ab für den Rest des Kalenderjahres aufgehoben.

Darmstadt, am 30. September 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Hombergk. Benz.

Bekanntmachung.

Betr.: Sicherung der Ernte 1915.

Mit Rücksicht darauf, daß Eisenvitriol und Kaltschlößchen im kommenden Frühjahr nur in geringem Umfange auf dem Markte sein dürften, und weiter in Anbetracht der geringen vorhandenen Arbeitskräfte, kann den Landwirten nur dringend empfohlen werden, sein gemahlenes mit Kieselgur verestertes Kainit zur Bekämpfung des Federichs zu verwenden und diesen durch genossenschaftlichen oder gemeindefeierten Zusammenschluß in größerem Umfange zu beziehen.

Wir empfehlen den Bürgermeistereien der Landgemeinden, schon jetzt Erhebungen über den etwa vorhandenen Bedarf in ihren Gemeinden anzustellen und sehen ihrem Be-richt hierüber bis zum 15. November l. J. entgegen.

Für Erteilung von Auskünften über Art und Menge des zur Verwendung kommenden Kainits ist das agrarisch-chemische Laboratorium der Landes-Universität Gießen gerne bereit.

Gießen, den 27. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Betr.: Ausführung der Polizeiverordnung über das Vertilgen der Mäuse vom 19. November 1904.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir machen darauf aufmerksam, daß der Rundgang der Kommissionen gemäß § 3 der oben erwähnten Polizeiverordnung nunmehr alsbald stattzufinden hat. Zur Ersparrung von Schreibarbeit wollen wir weiterhin versuchsweise von Vorlage des Protokolls gemäß § 10 absehen und haben das Vertrauen, daß die Kommissionen auch ohne diese Vorlage die ihnen obliegende Tätigkeit gewissenhaft ausüben.

Gießen, den 2. Oktober 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Stellvertretendes Generalkommando

XVIII. Armee-Korps

Frankfurt a. M., den 27. Oktober 1914.

Verordnung.

Auf Grund der §§ 1 und 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 ordne ich für den Bereich des Corpsbezirks an:

Alle Hotels, Pensionen und Anstalten sowie jeder Wohnungsinhaber sind verpflichtet, den Aufenthalt und Zugang von Ausländern binnen 12 Stunden polizeilich anzumelden, gleichgültig ob die Aufnahme gegen Entgelt oder unentgeltlich, vorübergehend oder für längere Zeit erfolgt.

Der Weggang von Ausländern ist gleichfalls innerhalb 12 Stunden anzuzeigen.

Falls örtliche Polizeiverordnungen eine kürzere Meldefrist wie die vorstehend angegebene für Ausländer festsetzen, bleiben die Verordnungen insoweit maßgebend.

Inwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden nach § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Sie haben schärfstens darauf zu achten, daß die obige Verordnung genau befolgt wird und im Uebertretungs-falle unmissichtlich Anzeige zu erheben.

Gießen, den 28. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Sechler.

Betr.: Unfalluntersuchung; hier: Teilnahme der Versicherungsämter.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises und das Großh. Polizeikommissariat Arnburg.

Wir machen Sie auf genaue Beachtung unseres Ausschreibens vom 26. August 1913 aufmerksam und erwarten, daß Sie uns

rechtzeitig von den von Ihnen anberaumten Terminen zur Unfalluntersuchung Kenntnis geben.

Gießen, den 1. Oktober 1915.

Großherzogliches Kreisamt (Versicherungsamt) Gießen.
J. B.: Sechler.

Bekanntmachung.

Betr.: Einsendung der Kreisabdeckerverzeichnisse für Monat September 1915.

An das Großh. Polizeiamt Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir erinnern Sie an umgehende Vorlage der Abdeckerverzeichnisse für Monat September 1915.

Gießen, den 1. Oktober 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Sechler.

Bekanntmachung.

Betr.: Den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.

In Langenbergheim (Kreis Bidingen) ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Gießen, den 2. Oktober 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Semmerde.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 15. bis 30. September 1915 wurden in hiesiger Stadt

gefunden: 1 Schachtel mit Zigaretten; 1 Paket Hemdenknöpfe; 2 kleine Portemonnaies mit Inhalt; 1 Bierschürze; 1 Arm-band-Uhr; 1 Perlenhalskette; 1 gold. Brosche mit Bild; 1 Halsketten-Anhänger; 1 Bündel Tabak.

verloren: 1 Damenportemonnaie; 3 Trauringe; 1 Handtasche; 1 silb. Damenuhr; 1 schwarzlederne Handtasche mit Inhalt; entlaufen: 1 Hund (Vogel).

Die Empfangsberechtigten der gefundenen Gegenstände be-ziehen ihre Ansprüche alsbald bei uns geltend zu machen.

Die Abholung der gefundenen Gegenstände kann an jedem Wochentag von 11—12 Uhr vormittags und 4—5 Uhr nach-mittags bei unterzeichneter Behörde, Zimmer Nr. 1, erfolgen.

Gießen, den 4. Oktober 1915.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.
Semmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Selbstvereinigung Nieder-Bessingen; hier: den allgemei-nen Meliorationsplan.

In der Zeit vom 16. bis einschließlich 29. Oktober l. J. liegen auf Großh. Bürgermeisterei Nieder-Bessingen die Arbeiten des I. Abschnittes, nämlich

der allgemeine Meliorationsplan

nebst Erläuterungsbericht und Prüfungsprotokoll

zur Einsicht der Beteiligten offen.

Tagfahrt zur Entgegennahme von Einwendungen hiergegen findet daselbst statt:

Samstag, den 30. Oktober 1915,
vormittags von 9 $\frac{1}{2}$ bis 10 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Ich lade die Beteiligten hierzu unter der Androhung ein, daß die Nichterscheinenden mit Einwendungen ausgeschlossen sind. Die Einwendungen sind schriftlich und mit Gründen versehen einzureichen.

Friedberg, den 28. September 1915.

Der Großherzogliche Selbstvereinigungs-Kommissar:
Schnittspahn, Regierungsrat.

Wöchentl. Uebersicht der Todesfälle i. d. Stadt Gießen.

39. Woche. Vom 19. bis 25. September 1915.

Einwohnerzahl: angenommen zu 32 900 (inkl. 1800 Mann Militär).

Sterblichkeitsziffer: 20,00 ‰.

Nach Abzug von 7 Ortsfremden: 9,50 ‰.

Es starben an	Zuf.	Er-wachsene	im 1. Lebens-jahr	Kinder vom 2. bis 15. Jahr
Angeborener Lebensschwäche	1	—	1	—
Altersschwäche	1 (1)	1 (1)	—	—
Lungentuberkulose	1 (1)	1 (1)	—	—
Krankheiten des Herzens	5 (2)	5 (2)	—	—
Atrophie der Kinder	1	—	1	—
sonst. Krankheiten der Ver-dauungsorgane	1 (1)	1 (1)	—	—
Todes	8 (2)	8 (2)	—	—
Summa: 13 (7)		11 (7)	2	—

Anm.: Die in Klammern gesetzten Biffern geben an, wie viel der Todesfälle in der betreffenden Krankheit auf von auswärts nach Gießen gebrachte Kranke kommen.